

Stadtvorstand der Suhler LINKEN begann Wahlauswertung



Ein herzliches „Danke“ allen Wahlhelfern

Foto: I. Burandt

Zu Beginn der Vorstandssitzung am 26. September wurde Kristina Thiers herzlich als neues Parteimitglied begrüßt. Gen. Miersch informierte, dass per Onlineformular am Wahltag ein Suhler Bürger seinen Eintritt in den Stadtverband signalisiert hat und dass darüber hinaus die Ummeldung eines Genossen von Berlin nach Suhl erfolgt ist. Beide werden zur Vorstandssitzung am 10.10.2017 eingeladen.

Zur Auswertung der Wahlen gab Genossin Ina Leukefeld einleitend empfindend eine Diskussionsgrundlage. Einleitend empfahl sie, den „Wahlnachtbericht und erste Analyse“, den Horst Kahrs für die Rosa Luxemburg Stiftung erarbeitet hat, zur genauen Lektüre (s. Seite 3). Sie konnte zwar feststellen, dass die Wahl vom 24. September vom Gesamtergebnis her die zweiterfolgreichste Wahl war, aber nur dank der Zunahme im „Westen“, im „Osten“ hat DIE LINKE aber deutlich verloren, außer Berlin. Deutlich sind auch die Verluste in Thüringen mit 6,5 %, nur in den größeren Städten hat DIE LINKE noch ein großes Wählerpotenzial, auch wir in Suhl haben als zweitstärkste Kraft ein gutes Ergebnis erreicht.*

Insgesamt hat DIE LINKE ca. 4,296 Mio. Zweitstimmen erhalten, ca. 541 Tausend mehr als 2013, in den 5 östlichen Bundesländern allerdings ca. 277,1 Tausend weniger als in 2013 (davon ca. 70 Tausend in Thüringen, bundesweit der

höchste Verlust). An die AfD hat DIE LINKE ca. 400 Tausend Stimmen abgegeben (zu Wählerwanderungen gibt es bekanntlich von den Institutionen abweichende Berechnungen), vor allem von Arbeitern und Arbeitslosen. Gewonnen haben wir Stimmen von der SPD (ca. 430 Tausend), Nichtwählern (ca. 270 Tausend), den Grünen (ca. 170 Tausend) und der Union (ca. 90 Tausend).

Als Ursachen für das Ergebnis dieser Bundestagswahl, speziell für das Abschneiden der LINKEN, führte Ina Leukefeld an: Es ist offensichtlich schwierig, gegen den Mainstream zu schwimmen. Der Rechtsruck in Europa (und in den USA) ist auch in Deutschland angekommen. Es gibt eine diffuse allgemeine Angst vor negativen Folgen der Globalisierung („Wann trifft es mich?). Unübersehbar ist die Enttäuschung vor allem bei unteren Schichten über die Ergebnisse der Politik im Allgemeinen und die Partei DIE LINKE gehört für viele zu den Etablierten. Eine um sich greifende, weil auch geschürte, Angst vor Veränderung und damit einhergehenden Verlusten wächst. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die LINKE keine Partei für den Alltag mehr, die sich, wie in den Neunzigern, um die Sorgen und Nöte kümmert und Hilfe gibt. Und: Wir sind zu sehr mit den Erfordernissen der Parlamentsarbeit beschäftigt.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Eine Niederlage der Demokratie

ist das Ergebnis der Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Daran kann es keinen Zweifel geben. Wenn der größte Gewinner an Wählerstimmen die AfD ist, die nicht eine besonders ausgeprägte Form des Nationalkonservativen verfolgt, sondern eine Politik mit deutlich völkisch-nationalistischen, ja offen nazistischen Parolen und Zielen betreibt, ist die Demokratie angeschlagen. Sie wurde durch die dem Wahlvolk aufgezwungenen Zumutungen des prinzipien- und planlosen Dahinmerkens (eine Flüchtlingspolitik, die die Kosten, Mühen und Folgen einer, so wie geschehen, unverantwortlichen Grenzöffnung vor allem auf die unteren Schichten und die Kommunen abwälzte und darauf folgend die Kehrtwende zu einem erneuten unmenschlichen Mauerbau vollzog; die weitere Spreizung der Schere zwischen Arm und Reich; die Kumpanei mit Betrügerkonzernen und nicht zuletzt eine den Frieden in Europa aufs Höchste gefährdende aggressive Politik gegen Russland) aufs Krankenbett geworfen.

Auch in Thüringen sieht es schlimm aus. Die AfD hat nach Sachsen hier den höchsten Zuwachs, die LINKE stürzt auf unter 17 % ab, auch in allen anderen ostdeutschen Bundesländern stürzt sie ab, in unserem mit -6,6% am stärksten. Aber: sie legt in allen westlichen Bundesländern deutlich zu. In Bremen erreicht sie 13,5 %, im Saarland 12,9 %, in Hamburg 12,2 % und in allen anderen alten Bundesländern kommt sie auf über 6 %! Es ist höchste Zeit, die Ursachen für diese ambivalente Entwicklung zu analysieren und Konsequenzen zu ziehen! Unser Stadtvorstand hat damit begonnen.

– ECKHARD GRIEBEL –

Stadtvorstand der Suhler LINKEN begann Wahlauswertung

(Fortsetzung von Seite 1)

Als Schlussfolgerungen nannte sie: eine weitere gründliche Auswertung und Ursachenermittlung ist notwendig, verbunden mit der Frage, wie können wir Menschen/ Wähler stärker zurückgewinnen und an uns binden. Dazu soll eine Beratung mit dem „Parteiaktiv“ über die weitere Arbeit in Suhl noch in diesem Jahr stattfinden, und wir sollten eine Bilanz unserer Arbeit in der Stadtratsfraktion in dieser Legislaturperiode ziehen und uns rechtzeitig für die OB-Wahl 2018 und Kommunalwahl 2019 positionieren. Wir brauchen eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit.

In der Diskussion waren Schwerpunkte: Haben wir die - größtenteils irrationale Angst vor Flüchtlingen, vor dem Islam und das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Sicherheit, ihre Ängste vor

Umbrüchen und Verlusten nicht genügend wahrgenommen? War die LINKE in Suhl nicht so präsent wie sonst? Warum haben wir in bestimmten Wahlkreisen / Ortsteilen so viel verloren? Werden politische (und besonders auch kommunalpolitische) Entscheidungen zu oft ohne demokratische Diskussion getroffen, brauchen wir eine Transparenz- und Demokratieoffensive? Wie können wir unser Wählerpotential stärker mobilisieren? Kommt die Jamaika-Koalition wirklich? Eignigkeit bestand u.a. in zwei wesentlichen Punkten: 1. Wir dürfen die AfD als rechtsextreme Partei mit faschistischen Tendenzen nicht unterschätzen und müssen ihre Ideologie und Politik strikt bekämpfen und entlarven, den größten Teil ihrer Wähler aber auch nicht als Nazis in die rechtsextreme Ecke stellen.

2. Die AfD wurde auch, aber nicht nur, durch Medien groß gemacht (Plasberg-Effekt). Ein weiterer Punkt bedarf der Diskussion: Welche spezielle Rolle hat in Thüringen die angestrebte Gebietsreform für den Verlust von so vielen Wählerstimmen (s.o.) gespielt?

Das sind, zugegebenermaßen, viele Fragen und noch zu wenig Antworten. Erforderlich ist eine schonungslose, kritische und ergebnisoffene Diskussion, um gemeinsam zu schlüssigen Antworten zu kommen. Halten wir es mit dem Bärtigen aus Trier, der dem Motto „An allem ist zu zweifeln“ ein Leben lang folgte und suchen wir nicht nur Antworten in unseren Programmen!

*Allerdings ist der Rückgang im Wahlkreis 196 mit -8,3 % der zweithöchste Rückgang der LINKEN in allen Wahlkreisen Deutschlands!

Zum Umgang der Partei DIE LINKE mit der Rechtspartei AfD

Beschluss des Parteivorstandes vom 25. September 2017

Der Parteivorstand bekräftigt den am 20. Februar 2016 gefassten Beschluss zum Umgang mit der AfD und hebt insbesondere hervor:

1. Das Handeln gegenüber der AfD, die von uns nicht als politischer Konkurrent sondern als Gegner charakterisiert wird, muss sich weiter daran orientieren, der fortschreitenden „Normalisierung“ der Partei entgegen zu wirken. Mit unserer öffentlichen Argumentation, mit eigenem Material und medial müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass die AfD keine demokratische Alternative ist. Wir kritisieren ihre politischen Positionen, ihre Funktion als

Akteur der extremen Rechten und ihre politischen, organisatorischen und personellen Überschneidungen ins Milieu der „Neuen Rechten“. Die AfD darf kein normaler Akteur in Parlament, Medien und Gesellschaft sein.

2. Wir betreiben eine klare politische und organisatorische Abgrenzung gegenüber der AfD. Wir werden im Bundestag keine gemeinsamen Anträge einreichen, wir werden konsequent gegen Anträge der AfD stimmen, keine gemeinsamen Erklärungen abgeben, keine Unterstützung in Personalangelegenheiten gewähren oder annehmen. Dort, wo jedoch der Kern parlamentarisch-demokratischer Arbeit durch eine strikte Abgrenzung zur AfD blockiert werden würde, sind zu begründende Ausnahmen denkbar, wenn sie a.) zur Aufrechterhaltung der Arbeit des Parlamentes nötig und b.) nicht zu einer Stärkung der AfD führen. Wir werden für einen Kurs der strikten Abgrenzung, der im Idealfall in einer politischen Isolierung der AfD endet, bei anderen Fraktionen, Parteien, Stiftungen, Organisationen und in der Öffentlichkeit werben. Die AfD wird in uns ihre entschiedenste Gegnerin haben.

Missbrauch des Verfassungsgerichtshofs

Mit Blick auf einen Befangenheitsantrag der AfD gegen den Thüringer Verfassungsrichter Jens Petermann erklärt Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, am 22.09.2017:

„Die jüngste Aktion der extrem rechten AfD zeigt erneut die Missachtung dieser Partei gegenüber dem Rechtsstaat und dem Thüringer Verfassungsgerichtshof. Das Vorgehen ist ideologiegeleitet und ein völliger Missbrauch des Instruments Befangenheitsantrag. Auch Verfassungsrichter dürfen ihre Meinung äußern und müssen – gerade auch in ihrem Richteramt – jederzeit die inhaltlichen Werte des Grundgesetzes verteidigen. Das Verfassungsgericht hat die entscheidende Funktion für den Schutz der demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Werteordnung. Deshalb wendet sich DIE LINKE entschieden gegen jeden Angriff auf diese wichtige Institution, indem Verfassungsrichter persönlich diffamiert werden.“

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, Preis: eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
 Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer November-Ausgabe 2017 ist am 20.10.2017

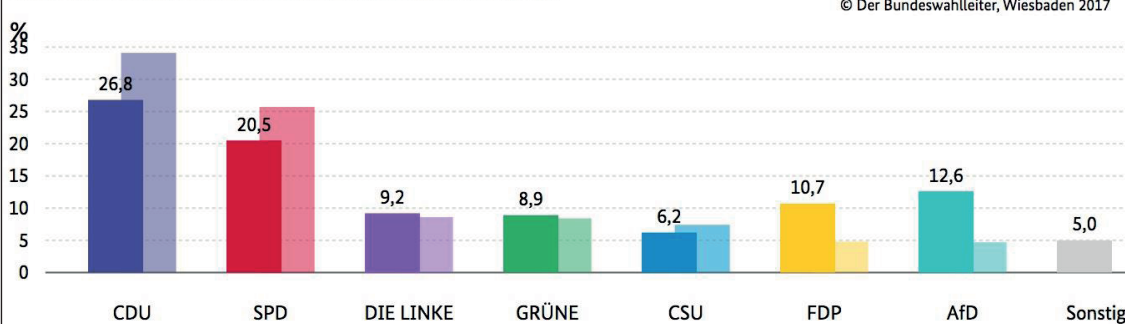
Im folgenden zitieren wir auszugsweise aus dem Wahlnachtbericht zur Bundestagswahl 2017

des Bereiches Strategie & Grundsatzfragen DIE LINKE,
korrigierte & leicht überarbeitete Fassung 27.9.2017*

Zweitstimmen

Bundestagswahl 2017, Deutschland

Zwischenergebnis: 25.09.2017 03:40:13 Uhr, 299 von 299 Wahlkreisen ausgezählt



mäß schlechter ab als im Westen. Gewerkschaftsfrauen wählten deutlich mehr LINKE und Grüne und weniger häufig die AfD als die Männer.

Wie verändern sich die Wählerinnen und Wähler der LINKEN?

Betrachtet man die soziodemographischen Daten im

Zeitverlauf, dann wird deutlich, dass die LINKE stärker zulegt bei Jüngeren und höher Gebildeten. Der Anteil der ab 45jährigen hat sich verringert; in dieser Altersgruppe erzielten nur die CDU/CSU und SPD überdurchschnittliche Ergebnisse.

Wahlmotive

Die Wählerinnen und Wähler der LINKEN entschieden sich ganz überwiegend aufgrund der Inhalte für die Partei: 77 Prozent. 13 Prozent gaben an, aufgrund der Spitzenkandidat_in für DIE LINKE gestimmt zu haben. Dieser Wert entspricht dem von 2013. 39 Prozent der Linken-Wähler_innen haben die Partei „aus Enttäuschung über andere Parteien“ gewählt, 54 Prozent aus Überzeugung. Dieses Verhältnis hat sich im Vergleich zu 2013 etwas in Richtung Überzeugung verschoben – außer in Rheinland-Pfalz, wo dieses Mal mehr Wähler_innen aus Enttäuschung der LINKEN ihre Stimme gaben. Zwischen den Bundesländern, besonders zwischen Ost und West, gibt es einige Unterschiede bei den Motiven: In Ostdeutschland wurde die Linkspartei eher aus Überzeugung gewählt, auch die Parteibindung ist höher. Im Westen dagegen waren die noch wichtiger. Ihre persönliche wirtschaftliche Situation schätzen LINKE-Wähler mit 76 Prozent überwiegend als gut ein (84 Prozent Gesamt), 23 Prozent als schlecht (15 Prozent Gesamt). Viele Wählerinnen und Wähler entschieden sich erst am Wahltag für DIE LINKE, in Baden-Württemberg z.B. Beispiel 18, in Brandenburg 19 Prozent.

*Quelle: https://www.die-linke.de/fileadmin/newsletter/Material/Wahlnachtbericht_BTW17_PV.pdf

LINKE Ergebnisse

DIE LINKE hat insgesamt zugelegt, aber die Trends und Ergebnisse sind nach Ost und West deutlich unterschiedlich, wenn nicht gespalten. Sie büßt insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern Thüringen und Sachsen-Anhalt Stimmenanteile ein. Gleichzeitig verbessert sie sich in Bremen und Hamburg. Die größten Wahlkreiszugewinne verzeichnet sie in Hamburg-Altona. Ihre besten Ergebnisse erzielt sie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, ihre schlechtesten Ergebnisse in Bayern und Baden-Württemberg. Das beste Wahlkreisergebnis erzielt die Linke in Berlin-Lichtenberg, das schlechteste in Borken II (NRW).

Herausragende Wahlkreise, Zweitstimmen

Die höchsten Wahlergebnisse erreichte DIE LINKE wie erwartet in Ostdeutschland und dort besonders in den beiden größten Städten (Ost-) Berlin und Leipzig. Doch auch der Ost-West-Bezirk Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg liegt weit vorn. Berlin-Mitte konnte als einziger Wahlkreis im Osten dazugewinnen.

Stadt-Land-Unterschiede

In Gemeinden über 100.000 Einwohnern wurde die LINKE mit 12,9 Prozent der Zweitstimmen gewählt. Sie war dort – im Verhältnis zum Durchschnitt – erfolgreicher als alle anderen Parteien. Lediglich die Grünen erreichten dort mit 12,2% ähnlich überdurchschnittliche Ergebnisse. CDU/CSU und AfD waren dagegen in den Gemeinden bis 5000 und 5 000 bis 20 000 besonders erfolgreich.

Ergebnisse der strategischen Direktwahlkreise

Direktmandate gewonnen wur-

den von Gregor Gysi, Gesine Lötzsch, Petra Pau und Stefan Liebich in Berlin sicher wie 2013 und erstmals von Sören Pellmann in Leipzig Süd, wo Jule Nagel 2014 bereits ein Direktmandat bei den Landtagswahlen für die LINKE gewinnen konnte. Knapp unterlagen Pascal Meiser (Berlin-Kreuzberg -1,6 %). Dietmar Bartsch (Mecklenburg-Vorpommern Rostock -3,7%), Kerstin Kühn (Brandenburg MOL -5,9).

Wer wählte DIE LINKE

DIE LINKE gewinnt im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 bei jüngeren Wählerinnen und Wählern und bei höher Gebildeten leicht hinzu. Den größten, zweistelligen Verlust muss sie bei den Arbeitslosen verzeichnen. Dennoch hat sie weiterhin die stärkste Unterstützung bei Arbeitslosen, darüber hinaus von Arbeitern, Jungen und insbesondere von wirtschaftlich Unzufriedenen.

Überdurchschnittlich: Gewerkschafterinnen

Bei gewerkschaftlich organisierten Wählerinnen und Wählern schneidet DIE LINKE überdurchschnittlich ab (12% insgesamt, 11% West, 22% Ost). Die (gesamtdeutsch) höchsten Werte werden bei Gewerkschafterinnen (Frauen) und Angestellten erreicht (14%). Die SPD liegt mit 29 Prozent auf dem ersten Platz, die CDU mit 24 auf dem zweiten, dann folgen die AfD mit 15 und DIE LINKE mit 12 Prozent. SPD, AfD und DIE LINKE liegen damit über dem Durchschnitt aller Wählerinnen und Wähler. Unter Arbeitern erreichte DIE LINKE 12 Prozent, unter Angestellten 14 und unter Beamten 6 Prozent. Im Osten liegen DIE LINKE und die AfD gleichauf, die SPD schneidet hier mit 18 Prozent erwartungsge-

Gipfelwanderung

Gipfel – das sind die höchsten Spitzen von Gebirgsmassiven. Wer sie erklommen hat, wird von den Untenstehenden bestaunt und bewundert. Wer möchte das nicht?

Auch unsere regierenden Politiker – zumal ihr Image erheblich angekratzt ist. Deshalb stürzen sie sich in das Risiko „Gipfelstürmer“. Risiko??? Keine Sorge, die Seile der Finanz- und Wirtschaftsbosse halten sie, lassen sie nicht abstürzen, solange sie die vorgegebenen Schritte einhalten. Wenn auch aus dem Gipfelstürmen nichts Zählbares herauskommt – wie aus dem G 20- oder dem Diesel-Gipfel – man bringt sich in Erinnerung. In Wahrheit sind doch aber Krisen zu bewältigen, Wege zu suchen, um aus ihnen herauszukommen. Hieß es da nicht richtiger Talsohlenstatt Gipfeltreffen? Vor Wahlen und überhaupt streben die Regierenden natürlich eine positive Bilanz ihrer Tätigkeit an, da passt ein solcher Begriff nicht in das Konzept. Vielmehr halten sie in der riesigen Bergwelt Ausschau auf das nächste Gipfeltreffen. Vielleicht wird es ein Eier-Gipfel, das Herumeiern, nämlich Misserfolge schön zu reden, wird ja schon beherrscht. –WOLFGANG NOFFKE–

Anmerkung der Red.: dieser Leserbrief wurde vor der Bundestagswahl geschrieben – aktuell ist er auch jetzt

Ein herzliches Dankeschön

Das Sommerfest 2017 ist zwar Geschichte, dennoch möchte ich den Organisatoren ein herzliches Dankeschön sagen. Allen voran unserem Stadtvorstand mit Ilona und Helmut an der Spitze für ihre Arbeit in Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung dieses gelungenen Festes. Es war geprägt von einem hohen Informationsgehalt zur Bundestagswahl, tollen kulturellen Beiträgen und Spiel- und Spaßfreude für die Kinder. Nicht vergessen darf man auch das Engagement der Genossinnen und Genossen der Basisorganisation Nordost, die ein verlässlicher Partner des Stadtvorstandes sind, und dass viele der Beteiligten bereits am nächsten Tag wieder im Wahlkampf standen.

– KARIN HORNSCHUCH –

Eine fast idyllische Kulisse für die Oldtimerfahrt Suhl 2017 bot der Platz der Deutschen Einheit am 16. September. Hinter dem Simson Supra Supersport der von Herrn Uwe Oltmanns in Varel (Niedersachsen) realisierte Nachbau des BMW-Eigenbau-Rennwagens des unvergessenen Paul Greifzu. Das Original, mit dem Greifzu 1951 das Formel-2-Rennen auf der AVUS im damaligen Westberlin gewann, kann im Fahrzeugmuseum Suhl bewundert werden.
Foto: E. Griebel ▼



Termine Oktober 2017

Do	05.10.	19.00 Uhr	Der politische Charakter der aktuellen sozialen Bewegung von rechts – Ausdruck einer neuen Krise. Vortrag und Diskussion mit Volkmar Wölk, Kubus
Mo	09.10.	18.00 Uhr	Stadttratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	10.10.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	11.10.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Do	12.10.	18.00 Uhr	Literarisch-poetischer Herbstabend mit Ina Leukefeld, Kubus
Mo	16.10.	18.00 Uhr	Stadttratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Do	19.10.	19.00 Uhr	Live aus dem Landtag mit Katinka Mitteldorf zur Kultur, Kubus
Mo	23.10.	18.00 Uhr	Stadttratsfraktion DIE LINKE, Neues Rathaus
Di	24.10.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	25.10.	14.00 Uhr	AG Senioren, Seniorencafe, Geschäftsstelle
Mi	25.10.	17.00 Uhr	Stadttrat; Rathaus
Fr	27.10.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle

Der politische Charakter der aktuellen sozialen Bewegung von rechts – Ausdruck einer neuen Krise

Vortrag und Diskussion mit Volkmar Wölk, Grimma

Donnerstag, 05. Oktober 2017, 19.00 Uhr, Kubus

Eine Veranstaltung des Gesprächsforums „Alternativ“ und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

Literarisch-poetischer Herbstabend mit Ina Leukefeld

12. Oktober 2017, 18.00 Uhr, Kubus

Live aus dem Landtag mit Katinka Mitteldorf stellv. Fraktionsvorsitzende und kulturpolitische Sprecherin der Linken zum Thema

Über Kultur im Thüringer Landtag und im Alltag

Donnerstag, 19.10.2017, 19.00Uhr, Kubus

Bei Redaktionschluss:

Was die Mitglieder der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag in der Debatte am 29.09.2017 zu den gemeinsamen Anträgen der Fraktionen der Regierungskoalition für die „Einrichtung eines Opferentschädigungsfonds für die Opfer und Betroffenen von Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds“ und für die „Errichtung einer Stätte der Erinnerung und Mahnung für die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds“ von sich gegeben haben, ist abgrundtief. Die Schuld der Täter und die Verantwortung unseres Bundeslandes, von dem der Naziterror ausging, für die Angehörigen der Opfer und die Erinnerung an die Opfer werden geleugnet. Das ist ungeheuerlich und sollte jeden AfD-Wähler zum Nachdenken bewegen! Unerträglich ist auch, dass die CDU gemeinsam mit der AfD gegen diese Anträge gestimmt hat. –EBE–